

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 218 Nr. 138 a

<b>Bezugspreis:</b> monatlich 3 Mark, einschließlich Zustellungsgebühr. — Bezahlung: nur durch Postämter, Postkarte, Scheck oder Barzahlung. — Adress: Druck- und Verlagsanstalt des Verlegers, Postfach 2801, Magdeburg.	<b>Halle-Saale</b>	<b>Anzeigenpreis:</b> Die Spaltenzeile zu 10 Zeilen, 10 Pfennig, klein 5 Pfennig. Die 6. Spalte zu 10 Zeilen, 10 Pfennig, klein 5 Pfennig. Die 7. Spalte zu 10 Zeilen, 10 Pfennig, klein 5 Pfennig. Die 8. Spalte zu 10 Zeilen, 10 Pfennig, klein 5 Pfennig. Die 9. Spalte zu 10 Zeilen, 10 Pfennig, klein 5 Pfennig. Die 10. Spalte zu 10 Zeilen, 10 Pfennig, klein 5 Pfennig.
---	--------------------	---

## Die Verteilung der Pariser Note

### Donnerstag Veröffentlichung der Note

**Noch keine Zustimmung Italiens**  
Paris, 15. Juni.  
(Eigener Drahtbericht.)  
Paris, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.)  
Die französische Antwort auf das deutsche Entschuldigungsangebot morgen in der Sitzung des Rates der Großen der Versammlung der Nationen wird Donnerstag gleichzeitig mit dem deutschen Memorandum veröffentlicht werden. Außerdem wird die erste Fassung der französischen Antwort bekannt gegeben werden, die während der Verhandlungen mit der deutschen Regierung am 14. Juni veröffentlicht worden ist. Die Zustimmung der italienischen Regierung zu dem Vorlesung der französischen Antwort ist noch nicht erfolgt.

**Die Deutsche Volkspartei bringt den Leiffingkandal vor den Landtag**  
Berlin, 15. Juni.  
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)  
Die volksparteilichen Abgeordneten Dr. v. Campe, Schuler, Rudolph, v. Guenz und Dr. Böhm haben eine große Anfrage an den preussischen Landtag gestellt, die den Auftrag des Reiches Dr. Leiffing von der Technischen Hochschule in Hannover, den er am Vorabend der Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten am „Preager Lagerort“ veröffentlichte, zum Gegenstand hat. Der Auftrag enthält beinahe ausschließlich Schmähungen gegen Hindenburg und beschuldigt ihn u. a. mit einer Rede, die Hindenburg im Jahre 1919 gehalten haben soll. Dr. Leiffing mußte aber schließliche zugestehen, daß er diese Rede absichtlich gefälscht habe. In der Anfrage wird festgestellt, daß das Ministerium immer sein Unwissen gegen Dr. Leiffing geltend macht. Das Staatsministerium wird gefragt, ob es sich nicht bemühen wird, die Verleumdung des Reichspräsidenten v. Hindenburg sich über den antideutschen Reichspräsidenten, über die Hochschule, der er angehört, und über das Ministerium, dem er unterstellt, in schamloser Leberkeckheit zu verweigern. Das Staatsministerium wird gefragt, ob es sich nicht bemühen wird, die Verleumdung des Reichspräsidenten v. Hindenburg sich über den antideutschen Reichspräsidenten, über die Hochschule, der er angehört, und über das Ministerium, dem er unterstellt, in schamloser Leberkeckheit zu verweigern.

**Stiftung gestiftet. Das neue Gesetz müsse dem Rechnung tragen.**  
Obwohl dringend erforderlich für ein  
Utesch zum Schutz gegen Schund und Schmutz.  
Der Redner wendet sich gegen die Auswüchse der Berliner Anstalt und begrüßt die Erhebung der Mittel für die deutsche Volkspartei. Wir weisen die Bemerkung der Demokraten gegen die evangelischen Kirchenbehörden zurück. Die evangelische Kirche ist freizulassen, frei und unabhängig von allen politischen Einwirkungen. (Beifall.)  
Der Redner wünscht, immer gerade Berlin als das Vorbild hingestellt. In der Erziehung und Schule sollte das Volk vielmehr beteiligt werden. Auch in der Wohlfahrtsarbeit seien freie Organisationen wirksamer als ein bürokratisch aufgelegener Apparat.  
Herr Dr. Giffert (Deutscher) begrüßt den Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Schund und Schmutz. Es sei Pflicht des Staates, die Jugend zu schützen und die christlichen Grundsätze des Staatsbürgers zu fördern. Ein Aufsichtsrat sei notwendig, um die Gefahr für die Kultur zu beseitigen. Die Freiheit der Kunst werde nicht beeinträchtigt, wenn gegen die Schundliteratur an Jugend und Ehre vorgegangen werde, die mit ihren Schmutzreden das Volk vergiften. Wie werden die Jugend schützen, die durch die dauernde Betrachtung der Frau vom geistlichen Gesichtspunkt aus in schamloser Weise verleibt wird. (Lärm links.) Die Rheinlande seien freier verlehrt, das sei, daß daran nicht gerüttelt werden dürfe. (Beifall rechts.)

**Berlin zur französischen Fälschungsnote**  
Berlin, 15. Juni.  
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)  
Die wir bereits berichteten, ist die Fälschungsnote Frankreichs nun in Berlin eingetroffen. Es kann festzuhalten nicht in die Stellung genommen werden, da sie zuerst der Regierung vorgelegt werden muß. Die Fälschungsnote ist aber wohl berechtigt anzunehmen, daß unter den Regierungsparteien bereits eine allgemeine Uneinigkeit über die Stellungnahme zu dem durch die Note verübten Verbrechen, die ja zum größten Teil auch bei der Entschuldigungsnote eine Rolle spielen, entstanden sind. Es ist festzuhalten, daß die Fälschungsnote ein Verbrechen ist, das die Mitarbeit der Deutschen nationalen Partei an der Regierung sich auf wichtigem außenpolitischem Gebiet auszuwirken vermag, und daß sowohl das Kabinett als auch die anderen Regierungsparteien mit der Deutschen nationalen Partei einige Barrieren werden, daß Deutschland ein freiwilliges Mitglied der Weltgemeinschaft über den Rhein nicht zu treffen vermag, das unzerstörliche nationale Opfer fordert und das nicht die Voraussetzungen erfüllt, die von deutscher Seite ganz besonders bezüglich der Räumungsfrage am Rhein sowie in der Frage der Entschuldigungsnote gestellt und aufrechtzuerhalten werden müssen. Es liegt auf der Hand, daß ein Ein

**Ein Gesetz zum Schutze gegen Schund und Schmutz**  
Der Reichstag über die Jugendverziehung  
Berlin, 15. Juni.  
(Eigener Drahtbericht.)  
Am Regierungstisch: Reichsminister Schiele.  
Reichspräsident: Er eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr.  
Der Eintritt in die Sitzung um 9.30 Uhr.  
Herr von Kardorff (D. V.) eine Erklärung ab, in der er feststellt, daß sich der Herr Reichspräsident durch eine seiner Bemerkungen in der letzten Plenarsitzung verleitet gefühlt habe. Er habe sich persönlich dem Herrn Reichspräsidenten über seine Bemerkung ausgesprochen und nehme hiermit auch vor dem Herrn Reichspräsidenten eine Erklärung ab.  
Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über Schund- und Depotschäfte.  
Herr v. Kardorff (D. V.) empfiehlt namens des Ausschusses die Vorlage zur Annahme.  
Herr v. Kardorff (D. V.) weist darauf hin, daß eine Beschränkung des Depots- und Depotschäfte heute nicht mehr so erforderlich sei. Antikarzer Wettbewerb sei im Wettbewerb von jeder möglich gewesen. Eine Auswüchse müsse die Gesetzgebung schützen. Der Redner beantragt nochmalige Nachberatung und Zurückweisung der Vorlage an den Ausschuss.  
Ein Regierungsdirektor bittet um Ablehnung dieses Antrages, da die Vorlage am 1. April in Kraft treten könne und die Länder noch Zeit für den Beschluß von Aufsichtsbekanntmachungen brauchen. Nach längerer Debatte beschließt die Versammlung, den Antrag auf Zurückweisung abgelehnt. Die Ablehnung ergibt 126 für und 97 gegen die Zurückweisung. Das Haus ist also beschlußfähig. Reichspräsident Lohde bezieht eine neue Sitzung auf 9.30 Uhr an mit der Tagesordnung: Reichsminister Schiele. Schluß dieser Sitzung 9.30 Uhr.  
**Die neue Sitzung.**  
Reichspräsident Lohde eröffnet die neue Sitzung um 9.30 Uhr. Die zweite Beratung des Haushaltes des Reichsministeriums wird fortgesetzt.  
Herr Dr. Giffert (D. V.) wendet sich gegen das Begehren von evangelischen Kirchenbehörden und gegen die evangelischen Pastoren, die bei der letzten Reichspräsidentenwahl für die Kandidatur Marx eingekauft habe. Die Reichsregierung müsse solche politischen Übergriffe kräftiger Stellen verbieten, damit der freie politische Wille der Staatsbürger zum Ausdruck kommen. Der Redner weist auf die Bedeutung des Reichspräsidenten hin. Deutschland werde als Mitglied des Völkerbundes besser

**Steuernotizen**  
Berlin, 15. Juni.  
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)  
Der Steuerausgleich hatte heute auf sozialdemokratischen Antrag eine Entschuldigungs angenommen, die die Regierung auffordert, bis zur zweiten Lesung einen Gesetzentwurf über die Offenlegung der Steuerlisten vorzulegen. Dieser Antrag ist offenbar aus rein agitatorischen Gründen gestellt und kann nur eine Zufallsangelegenheit gefunden haben. In der Vorbereitung des Reichstages kann er jedenfalls nicht zu Annahme rechnen, denn alle die Überlegung, daß solche Offenlegung der Handels- und Industrie- und Betriebsprüfung durch vorbereitete Beamte der Reichsfinanzverwaltung durchzuführen, dem sachlichen Ziele einer Offenlegung der Steuerlisten vollkommen entgegensteht. Dieser Antrag fand auch keine Unterstützung, sondern wurde abgelehnt. In parlamentarischen Kreisen spricht man davon, daß die Steuerreform noch einige Änderungen erfahren wird, die vor allem auf eine Ermäßigung der Steuerlasten bei öffentlichen Schund- und Rentenverleihungen sowie auf eine Verabreichung der Umsatzsteuer im Sinne der Reichsregierung abzielen. Im übrigen dürfte bei der Zentrumsantrag, mindestens alle drei Jahre einmal eine ordentliche Wahl- und Betriebsprüfung durch vorbereitete Beamte der Reichsfinanzverwaltung durchzuführen, dem sachlichen Ziele einer Offenlegung der Steuerlisten vollkommen entgegensteht. Dieser Antrag fand auch keine Unterstützung, sondern wurde abgelehnt. In parlamentarischen Kreisen spricht man davon, daß die Steuerreform noch einige Änderungen erfahren wird, die vor allem auf eine Ermäßigung der Steuerlasten bei öffentlichen Schund- und Rentenverleihungen sowie auf eine Verabreichung der Umsatzsteuer im Sinne der Reichsregierung abzielen.

**Ein Gesetz zum Schutze gegen Schund und Schmutz**  
Der Reichstag über die Jugendverziehung  
Berlin, 15. Juni.  
(Eigener Drahtbericht.)  
Am Regierungstisch: Reichsminister Schiele.  
Reichspräsident: Er eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr.  
Der Eintritt in die Sitzung um 9.30 Uhr.  
Herr von Kardorff (D. V.) eine Erklärung ab, in der er feststellt, daß sich der Herr Reichspräsident durch eine seiner Bemerkungen in der letzten Plenarsitzung verleitet gefühlt habe. Er habe sich persönlich dem Herrn Reichspräsidenten über seine Bemerkung ausgesprochen und nehme hiermit auch vor dem Herrn Reichspräsidenten eine Erklärung ab.  
Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über Schund- und Depotschäfte.  
Herr v. Kardorff (D. V.) empfiehlt namens des Ausschusses die Vorlage zur Annahme.  
Herr v. Kardorff (D. V.) weist darauf hin, daß eine Beschränkung des Depots- und Depotschäfte heute nicht mehr so erforderlich sei. Antikarzer Wettbewerb sei im Wettbewerb von jeder möglich gewesen. Eine Auswüchse müsse die Gesetzgebung schützen. Der Redner beantragt nochmalige Nachberatung und Zurückweisung der Vorlage an den Ausschuss.  
Ein Regierungsdirektor bittet um Ablehnung dieses Antrages, da die Vorlage am 1. April in Kraft treten könne und die Länder noch Zeit für den Beschluß von Aufsichtsbekanntmachungen brauchen. Nach längerer Debatte beschließt die Versammlung, den Antrag auf Zurückweisung abgelehnt. Die Ablehnung ergibt 126 für und 97 gegen die Zurückweisung. Das Haus ist also beschlußfähig. Reichspräsident Lohde bezieht eine neue Sitzung auf 9.30 Uhr an mit der Tagesordnung: Reichsminister Schiele. Schluß dieser Sitzung 9.30 Uhr.  
**Die neue Sitzung.**  
Reichspräsident Lohde eröffnet die neue Sitzung um 9.30 Uhr. Die zweite Beratung des Haushaltes des Reichsministeriums wird fortgesetzt.  
Herr Dr. Giffert (D. V.) wendet sich gegen das Begehren von evangelischen Kirchenbehörden und gegen die evangelischen Pastoren, die bei der letzten Reichspräsidentenwahl für die Kandidatur Marx eingekauft habe. Die Reichsregierung müsse solche politischen Übergriffe kräftiger Stellen verbieten, damit der freie politische Wille der Staatsbürger zum Ausdruck kommen. Der Redner weist auf die Bedeutung des Reichspräsidenten hin. Deutschland werde als Mitglied des Völkerbundes besser

**Ein Gesetz zum Schutze gegen Schund und Schmutz**  
Der Reichstag über die Jugendverziehung  
Berlin, 15. Juni.  
(Eigener Drahtbericht.)  
Am Regierungstisch: Reichsminister Schiele.  
Reichspräsident: Er eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr.  
Der Eintritt in die Sitzung um 9.30 Uhr.  
Herr von Kardorff (D. V.) eine Erklärung ab, in der er feststellt, daß sich der Herr Reichspräsident durch eine seiner Bemerkungen in der letzten Plenarsitzung verleitet gefühlt habe. Er habe sich persönlich dem Herrn Reichspräsidenten über seine Bemerkung ausgesprochen und nehme hiermit auch vor dem Herrn Reichspräsidenten eine Erklärung ab.  
Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über Schund- und Depotschäfte.  
Herr v. Kardorff (D. V.) empfiehlt namens des Ausschusses die Vorlage zur Annahme.  
Herr v. Kardorff (D. V.) weist darauf hin, daß eine Beschränkung des Depots- und Depotschäfte heute nicht mehr so erforderlich sei. Antikarzer Wettbewerb sei im Wettbewerb von jeder möglich gewesen. Eine Auswüchse müsse die Gesetzgebung schützen. Der Redner beantragt nochmalige Nachberatung und Zurückweisung der Vorlage an den Ausschuss.  
Ein Regierungsdirektor bittet um Ablehnung dieses Antrages, da die Vorlage am 1. April in Kraft treten könne und die Länder noch Zeit für den Beschluß von Aufsichtsbekanntmachungen brauchen. Nach längerer Debatte beschließt die Versammlung, den Antrag auf Zurückweisung abgelehnt. Die Ablehnung ergibt 126 für und 97 gegen die Zurückweisung. Das Haus ist also beschlußfähig. Reichspräsident Lohde bezieht eine neue Sitzung auf 9.30 Uhr an mit der Tagesordnung: Reichsminister Schiele. Schluß dieser Sitzung 9.30 Uhr.  
**Die neue Sitzung.**  
Reichspräsident Lohde eröffnet die neue Sitzung um 9.30 Uhr. Die zweite Beratung des Haushaltes des Reichsministeriums wird fortgesetzt.  
Herr Dr. Giffert (D. V.) wendet sich gegen das Begehren von evangelischen Kirchenbehörden und gegen die evangelischen Pastoren, die bei der letzten Reichspräsidentenwahl für die Kandidatur Marx eingekauft habe. Die Reichsregierung müsse solche politischen Übergriffe kräftiger Stellen verbieten, damit der freie politische Wille der Staatsbürger zum Ausdruck kommen. Der Redner weist auf die Bedeutung des Reichspräsidenten hin. Deutschland werde als Mitglied des Völkerbundes besser

**Ein Gesetz zum Schutze gegen Schund und Schmutz**  
Der Reichstag über die Jugendverziehung  
Berlin, 15. Juni.  
(Eigener Drahtbericht.)  
Am Regierungstisch: Reichsminister Schiele.  
Reichspräsident: Er eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr.  
Der Eintritt in die Sitzung um 9.30 Uhr.  
Herr von Kardorff (D. V.) eine Erklärung ab, in der er feststellt, daß sich der Herr Reichspräsident durch eine seiner Bemerkungen in der letzten Plenarsitzung verleitet gefühlt habe. Er habe sich persönlich dem Herrn Reichspräsidenten über seine Bemerkung ausgesprochen und nehme hiermit auch vor dem Herrn Reichspräsidenten eine Erklärung ab.  
Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über Schund- und Depotschäfte.  
Herr v. Kardorff (D. V.) empfiehlt namens des Ausschusses die Vorlage zur Annahme.  
Herr v. Kardorff (D. V.) weist darauf hin, daß eine Beschränkung des Depots- und Depotschäfte heute nicht mehr so erforderlich sei. Antikarzer Wettbewerb sei im Wettbewerb von jeder möglich gewesen. Eine Auswüchse müsse die Gesetzgebung schützen. Der Redner beantragt nochmalige Nachberatung und Zurückweisung der Vorlage an den Ausschuss.  
Ein Regierungsdirektor bittet um Ablehnung dieses Antrages, da die Vorlage am 1. April in Kraft treten könne und die Länder noch Zeit für den Beschluß von Aufsichtsbekanntmachungen brauchen. Nach längerer Debatte beschließt die Versammlung, den Antrag auf Zurückweisung abgelehnt. Die Ablehnung ergibt 126 für und 97 gegen die Zurückweisung. Das Haus ist also beschlußfähig. Reichspräsident Lohde bezieht eine neue Sitzung auf 9.30 Uhr an mit der Tagesordnung: Reichsminister Schiele. Schluß dieser Sitzung 9.30 Uhr.  
**Die neue Sitzung.**  
Reichspräsident Lohde eröffnet die neue Sitzung um 9.30 Uhr. Die zweite Beratung des Haushaltes des Reichsministeriums wird fortgesetzt.  
Herr Dr. Giffert (D. V.) wendet sich gegen das Begehren von evangelischen Kirchenbehörden und gegen die evangelischen Pastoren, die bei der letzten Reichspräsidentenwahl für die Kandidatur Marx eingekauft habe. Die Reichsregierung müsse solche politischen Übergriffe kräftiger Stellen verbieten, damit der freie politische Wille der Staatsbürger zum Ausdruck kommen. Der Redner weist auf die Bedeutung des Reichspräsidenten hin. Deutschland werde als Mitglied des Völkerbundes besser

**Ein Gesetz zum Schutze gegen Schund und Schmutz**  
Der Reichstag über die Jugendverziehung  
Berlin, 15. Juni.  
(Eigener Drahtbericht.)  
Am Regierungstisch: Reichsminister Schiele.  
Reichspräsident: Er eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr.  
Der Eintritt in die Sitzung um 9.30 Uhr.  
Herr von Kardorff (D. V.) eine Erklärung ab, in der er feststellt, daß sich der Herr Reichspräsident durch eine seiner Bemerkungen in der letzten Plenarsitzung verleitet gefühlt habe. Er habe sich persönlich dem Herrn Reichspräsidenten über seine Bemerkung ausgesprochen und nehme hiermit auch vor dem Herrn Reichspräsidenten eine Erklärung ab.  
Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über Schund- und Depotschäfte.  
Herr v. Kardorff (D. V.) empfiehlt namens des Ausschusses die Vorlage zur Annahme.  
Herr v. Kardorff (D. V.) weist darauf hin, daß eine Beschränkung des Depots- und Depotschäfte heute nicht mehr so erforderlich sei. Antikarzer Wettbewerb sei im Wettbewerb von jeder möglich gewesen. Eine Auswüchse müsse die Gesetzgebung schützen. Der Redner beantragt nochmalige Nachberatung und Zurückweisung der Vorlage an den Ausschuss.  
Ein Regierungsdirektor bittet um Ablehnung dieses Antrages, da die Vorlage am 1. April in Kraft treten könne und die Länder noch Zeit für den Beschluß von Aufsichtsbekanntmachungen brauchen. Nach längerer Debatte beschließt die Versammlung, den Antrag auf Zurückweisung abgelehnt. Die Ablehnung ergibt 126 für und 97 gegen die Zurückweisung. Das Haus ist also beschlußfähig. Reichspräsident Lohde bezieht eine neue Sitzung auf 9.30 Uhr an mit der Tagesordnung: Reichsminister Schiele. Schluß dieser Sitzung 9.30 Uhr.  
**Die neue Sitzung.**  
Reichspräsident Lohde eröffnet die neue Sitzung um 9.30 Uhr. Die zweite Beratung des Haushaltes des Reichsministeriums wird fortgesetzt.  
Herr Dr. Giffert (D. V.) wendet sich gegen das Begehren von evangelischen Kirchenbehörden und gegen die evangelischen Pastoren, die bei der letzten Reichspräsidentenwahl für die Kandidatur Marx eingekauft habe. Die Reichsregierung müsse solche politischen Übergriffe kräftiger Stellen verbieten, damit der freie politische Wille der Staatsbürger zum Ausdruck kommen. Der Redner weist auf die Bedeutung des Reichspräsidenten hin. Deutschland werde als Mitglied des Völkerbundes besser





